

MISSTRAUENSANTRAG

§ 55 GOG-NR

der Abgeordneten KO Herbert Kickl, Christian Hafenecker MA, Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm, Mag. Gerhard Kaniak
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesregierung**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag der Abg. Dr. Pamela Rendi-Wagner, Genossinnen und Genossen betreffend Totalversagen der Bundesregierung im Kampf gegen die Teuerung! in der 211. Sitzung des Nationalrats am Freitag, dem 12. Mai 2023.

Die Bundesregierung ist in den letzten Monaten vermehrt vom Versagen durch Handeln zum Versagen durch Unterlassen übergegangen. Hinter der Fassade hektischer Betriebsamkeit, die sich in immer kürzeren Zeitabständen von einem „Gipfel“ bis zum nächsten zeigt, herrscht völlige Lethargie. Vom „Besten aus beiden Welten“ ist nichts übriggeblieben. Schwarz und Grün belauern und misstrauen einander, sodass keine zählbaren Ergebnisse im Kampf gegen die zahlreichen Krisen mehr möglich sind, mit denen sich die Österreicher derzeit herumschlagen müssen. Längst ist in der schwarz-grünen Bundesregierung Multiorganversagen eingetreten. Dieses umfasst insbesondere folgende wichtige Bereiche:

1. Teuerung

Schlug die Inflation im Gefolge der falschen Corona-Politik und der selbstzerstörerischen Russland-Sanktionen zunächst in fast allen Staaten Europas in ähnlicher Weise und Intensität zu, so zeigt sich mittlerweile, dass Österreichs Regierung sich bei deren Bekämpfung besonders dumm und unfähig anstellt. Zuletzt lag die Teuerung in Österreich im April 2023 bei 9,8 Prozent im Vergleich zu wesentlich niedrigeren 7,0 Prozent im Schnitt der Eurozone.¹ Damit ist die Geldentwertung längst in ihr zweites Jahr gegangen, betrug die Inflation doch bereits im April 2022 satte 7,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ökonomen wie WIFO-Chef Gabriel Felbermayr warnen daher bereits davor, dass Österreich ein ähnliches Schicksal erleiden können wie die EU-Südstaaten nach der Einführung der Euro, was eine massive Schwächung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit zur Folge hätte.²

Zwar hat die Regierung auf Kosten der Steuerzahler wiederholt Almosen verteilt, jedoch wurden praktisch keine preissenkenden Maßnahmen ergriffen, wie das linke Momentum-Institut analysierte.³ Insbesondere wurde die Chance verpasst, die Preisexplosion bei den Mieten durch einen gesetzlichen Eingriff zu stoppen, woran neben der Opposition auch Felbermayr heftige Kritik übte.⁴ Bei den größten Preistreibern beschränkt sich die Regierungspolitik auf zahnlose „Beobachtung“.

¹ <https://www.nachrichten.at/wirtschaft/teuerungswelle-in-oesterreich-inflation-springt-im-april-auf-98-prozent;art15,3826570>

² https://www.meinbezirk.at/c-wirtschaft/wifo-chef-warnt-vor-schicksal-der-suedlaender_a6037587

³ https://www.meinbezirk.at/c-wirtschaft/oesterreich-bei-preissenkenden-massnahmen-eu-schlusslicht_a5986787

⁴ <https://kurier.at/politik/inland/wifo-chef-kritisiert-wohnzuschuss-statt-mietpreisbremse/402374850>

Weder die Spritpreise⁵ noch die Lebensmittelpreise⁶ noch die Energiepreise vermochte sie durch aktive Maßnahmen zu senken. Beim Strompreis entschied man sich stattdessen gar für eine weitere Subventionierung der explodierenden Unternehmensgewinne unter dem Titel „Strompreisdeckel“. ⁷ Auch die jüngst von Bundeskanzler Nehammer den Energiekonzernen angedrohte Gewinnabschöpfung⁸ bietet keinerlei Garantie für sinkende Preise, sondern füllt allenfalls die Staatskassa, um erneut Almosen verteilen bzw., wie es der Chef des Fiskalrats, Christoph Badelt, zuletzt formulierte, „das Geld hinauszuerwerfen“. ⁹ Inflationssenkend ist diese Maßnahme jedoch keineswegs.

Die Bezieher kleiner Einkommen und in zunehmendem Maße auch der Mittelstand geraten indessen unter immer stärkeren finanziellen Druck. Viele Menschen können sich das Leben nicht mehr leisten und müssen bereits bei Grundbedürfnissen wie Wohnen, Heizen, Essen und Trinken massive Abstriche machen. Um diese Menschen zu schützen und gleichzeitig die Inflation zu bremsen, bedarf es entschlossener Maßnahmen wie der vorübergehenden Streichung oder zumindest signifikanten Herabsetzung von Konsumsteuern wie der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer. Gleichzeitig muss mit entsprechend scharfen Werkzeugen sichergestellt werden, dass diese Effekte an die Kunden weitergegeben werden – ebenso wie sämtliche mittlerweile sich einstellenden Preissenkungen bei Energie aber auch im Großhandel von Lebensmitteln und anderen Produkten.

2. Neutralität

Die schwarz-grüne Bundesregierung hat es zuwege gebracht, die im Verfassungsrang stehende und seit Jahrzehnten als außenpolitisches Leitprinzip fungierende Neutralität Österreichs innerhalb weniger Wochen nach dem Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine zu demontieren. Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) persönlich diskreditierte die verfassungsrechtlich verankerte immerwährende Neutralität Österreichs als „aufgezwungen von den Sowjetkommunisten“. ¹⁰ In völliger außenpolitischer Unbeholfenheit versuchte der Kanzler dann die selbst losgetretene Debatte zu beenden, nur um mitanhören zu können, wie sein Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) verkündete: „Neutralität ist keine Option vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs.“ ¹¹

Die plumpe und unverantwortliche Missachtung des Neutralitätsgebots durch die schwarz-grüne Bundesregierung hat dazu geführt, dass unsere Heimat Österreich nicht mehr als neutraler Staat wahrgenommen wird. Jede Perspektive, zwischen den Kriegsparteien vermitteln und einen Beitrag zur Konfliktbeilegung leisten zu können, hat sich die schwarz-grüne Bundesregierung damit selbst verbaut. Es wäre nicht nur verfassungsrechtlich geboten, sondern auch aus außenpolitischer Sicht dringlich, auf einseitiges Säbelrasseln zu verzichten und den neutralen Status Österreichs wiederherzustellen. Nur so kann sich Österreich als glaubwürdiger Vermittler anbieten

⁵ <https://kurier.at/politik/inland/inflation-spritpreise-kocher-teuerung-preiseingriff-ukraine-krieg/402374994>

⁶ <https://www.diepresse.com/6285171/lebensmittelgipfel-endet-ohne-ergebnis>

⁷ <https://www.vienna.at/strompreisdeckel-regierung-zahlt-tarif-bis-mitte-2024/7620667>

⁸ <https://www.krone.at/3003327>

⁹ <https://orf.at/stories/3315913/>

¹⁰ <https://www.info-direkt.eu/2022/02/27/nehammer-neutralitaet-wurde-uns-von-sowjetkommunisten-aufgezwungen/>

¹¹ <https://www.theeuropean.de/oliver-stock/alexander-schallenberg-neutralitaet-ist-keine-option/>

und einen Beitrag zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit im Osten Europas leisten.

Vor dem Hintergrund der akuten Gefährdung nicht nur der österreichischen Neutralität, sondern auch der Souveränität durch die einerseits überbordende EU-Hörigkeit der Bundesregierung und eine andererseits immer übergriffigere Politik der EU-Institutionen gegenüber den Mitgliedstaaten fordert die FPÖ den Ausbau unserer Verfassung zu einer Festung gegen derlei Angriffe. Dies soll durch die Änderung des Artikel 1 B-VG erfolgen, der künftig wie folgt lauten soll:¹²

Österreich ist eine demokratische, wehrhafte, immerwährend neutrale souveräne Republik. Ihr Recht geht vom österreichischen Bundesvolk aus.

3. Illegale Einwanderung

Nach der völligen Kapitulation der damals rot-schwarzen Bundesregierung vor der illegalen Masseneinwanderung des Jahres 2015 hat Schwarz-Grün im Vorjahr unter Beweis gestellt, nicht das Geringste aus den für viele Bürger traumatisierenden Ereignissen gelernt zu haben. 2022 ließ die Regierung sogar noch mehr Illegale völlig ungehindert ins Land. Mehr als 112.000 Asylanträge wurden in Österreich gestellt. Im einwohnermäßig sogar etwas größeren Ungarn beantragten im gleichen Zeitraum nur 45 Menschen Schutz.¹³ Das ist der Unterschied zwischen einer stolzen Festung und einem Zuwanderungsmagneten mit aufgespannter sozialer Hängematte – der Unterschied zwischen einem Maulhelden an der Spitze der Bundesregierung namens Karl Nehammer und einem Macher an der Spitze des Staates namens Viktor Orbán.

Während sich der eine Teil der Regierung kaum verhöhnen über die Zuwanderungsflut freut, zumal die Politik der Grünen bereits seit vielen Jahren an den Interessen der Österreicher weit vorbeigeht, schiebt der andere Teil der Versagerkoalition die Schuld auf die Europäische Union. Tatsächlich ist die EU nicht in der Lage, die Grenzen Europas vor diesen Eindringlingen zu schützen. Ganz im Gegenteil: Sie schützt die Eindringlinge davor, wieder in ihre Heimat abgeschoben zu werden, wenn sie – wie die meisten – keinen Grund für Asyl vorweisen können. Dennoch gäbe es in der Verantwortung Österreichs genügend Möglichkeiten, unser Land uns unsere Bürger vor dem illegalen Ansturm zu schützen – beispielsweise durch ein Aussetzen des Asylrechts, durch „Pushbacks“ statt Willkommensbriefen an den Grenzen, mit schärferen Strafen für Schlepper und auch für ihre Kunde, durch einen sofortigen Verfahrensstopp bei Straffälligkeit oder durch die Wiedereinführung von Ausreisezentren, um nur einige der nötigen Maßnahmen¹⁴ zu nennen.

4. Corona-Aufarbeitung

Die schwarz-grüne Bundesregierung hat ihre völlig fehlgeleitete Corona-Politik mit einer Brutalität durchgesetzt, die international ihresgleichen sucht – bis hin zu einem beispiellosen Impfzwang-Gesetz, das nur durch den entschlossenen Widerstand hunderttausender Menschen zu Fall gebracht werden konnte – Menschen, die dabei die gesellschaftliche Ächtung, die berufliche Existenz und damit ihren finanziellen Wohlstand aufs Spiel setzten. Opfer dieser Politik gibt es in allen Alters- und

¹² https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/A/3309/fnameorig_1549066.html

¹³ https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asylstatistik_Jahresstatistik_2022.pdf

¹⁴ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/A/3288/fnameorig_1548367.html

Gesellschaftsschichten – von den Kindern bis zu den Senioren. Es waren alle Bürger Opfer dieser Regierung. Die Kritiker der Maßnahmen wurde als Irre, Rechtsradikale und Aluhut-Träger verunglimpft, aber auch all jene, die den Vorgaben der Regierung gefolgt sind, sind Opfer, weil ihnen Dinge versprochen wurden, die am Ende nicht gehalten haben – wie beispielsweise die Aussagen über die vermeintlich hohe Schutzwirkung der Corona-Impfung.

All diese Opfer warten bis heute auf eine Entschädigung und sogar auf eine Entschuldigung. Der von der schwarz-grünen Bundesregierung präsentierte Fahrplan für den Corona-Versöhnungsprozess bestätigt auf Neue, dass es der Regierung kein echtes Anliegen ist, die letzten drei Jahre gewissenhaft aufzuarbeiten. Mit steuergeldfinanzierten Studien versucht man lediglich, die Verantwortung für die eigene unverantwortliche Corona-Politik abzuschieben und den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Einer tatsächlichen Aufarbeitung entzieht sich die Regierung nach wie vor. Sie weigert sich, dem Beispiel Niederösterreichs folgend,¹⁵ einen Fonds einzurichten, mit dem etwa Beratungsleistungen im Fall individueller Schäden, medizinische Betreuung von Menschen mit Impf-Beeinträchtigungen, Kosten zur Behandlung psychischer Probleme, allfällig erforderliche Therapien, Mehraufwendungen für Heimunterricht, sonstige erforderliche Unterstützungen in erster Linie für Kinder und Jugendliche wie zum Beispiel Gutscheine für Nachhilfe, Freizeitaktivitäten und weitere einschlägige Unterstützungsleistungen finanziert werden.

5. Gesundheitskrise

Der permanenten moralischen Corona-Begleitmusik zum Trotz, die Regierung verhängt all ihre Maßnahmen nur zu dem Zweck, um Leben und Gesundheit der Menschen vor einem gefährlichen Virus zu schützen, wurde in dieser Zeit dem bereits durch vorangegangenes Systemversagen angeschlagenen österreichischen Gesundheitswesen der Todesstoß versetzt. Unser Gesundheitssystem leidet heute unter einem massiven Personalmangel in allen Bereichen von den Ärzten bis hin zu den Pflägern, von den Spitälern bis in den niedergelassenen Bereich. Hinzu tritt aktuell ein massiver Engpass bei der Versorgung mit immer mehr wichtigen Medikamenten. Während die freiheitliche Opposition umfangreiche Maßnahmenpläne sowohl zur Beseitigung der Medikamentenengpässe¹⁶ als auch gegen den Personalmangel¹⁷ vorgelegt und beantragt hat, befindet sich die Regierung auch auf diesem Gebiet im Dauerschlaf.

6. Klima-Hysterie

Das einzige Gebiet, dem sich die Regierung – angeführt von ihrem kleineren Partner – mit vollem Elan zu widmen scheint, ist der sogenannte Klimaschutz. Nach dem Coronavirus hat Schwarz-Grün im Klimawandel den nächsten Gegner gefunden, zu dessen Bekämpfung sie sich berechtigt fühlt, einschneidenden, umfassende und oftmals sowohl den Grundrechten als auch dem Hausverstand zuwiderlaufende Maßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig ist gewährleistet, dass sich die Ergebnisse der Bemühungen des kleinen Österreich in diesem globalen Unterfangen niemals

¹⁵ https://www.fpoee-noe.at/uploads/tx_bcpagflip/Arbeitsuebereinkommen_Webansicht.pdf

¹⁶ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/A/3351/fnameorig_1555354.html

¹⁷ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/A/3342/fnameorig_1555369.html

quantifizieren lassen werden – angesichts der Unfähigkeit dieser Regierung in allen Bereichen eine besonders wichtige Voraussetzung.

Nach dem Abflauen der Corona-Hysterie tritt der Kampf gegen den Klimawandel als Leitthema dieser schwarz-grünen Regierung wieder auf unangenehme Weise in den Vordergrund. So sehr, dass Schwarz-Grün nicht einmal davor zurückschreckte, die ohnehin explodierenden Preise für Treibstoff und Heizöl durch die Einführung einer neuen Steuer auf CO₂ noch weiter anzuheizen. Gleichzeitig wird durch polizeiliche Zurückhaltung eine kleine, aber von mächtigen globalistischen Eliten finanzierte Minderheit toleriert, die mittlerweile beinahe täglich mit Vorsatz ein Verkehrschaos verursacht und dabei bewusst in Kauf nimmt, dass lebenswichtige Rettungseinsätze verhindert werden könnten.

7. ORF und Medienpolitik

Dass sich die schwarz-grüne Regierung trotz ihres oben mit nur einigen Schlaglichtern beleuchteten Multiorganversagens bis heute an der Macht halten kann, ist vor allem einem Umstand geschuldet. Einen der wichtigsten Beiträge zum Machterhalt dieser Versagertruppe leisten die Medien, die durch Bestechung mit Steuerzahler-Milliarden liquid und damit gefügig gehalten werden. Nach den zig Millionen Euro schweren antragslosen Corona-Sonderförderungen folgt nun als besonderes Schurkenstück die ORF-Haushaltsabgabe,¹⁸ die den unter fehlender objektiver Berichterstattung ebenso wie unter massivem Zuschauerschwund leidenden Staatsfunk jeder Sparnotwendigkeit enthebt und in der Logik dieser Regierung für entsprechende Dankbarkeit der dortigen Journalisten sorgen muss und wird. Wie sagte zuletzt Verfassungsministerin Karoline Edtstadler im Interview mit der „Kleinen Zeitung“:¹⁹

Wir haben jetzt über ein Jahr Zeit, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Regierung gute Arbeit leistet. Das muss auch gut kommuniziert werden, ich nehme die Medien nicht aus.

Anstatt diesen besonders dreisten und völlig durchsichtigen Versuch, die Medien als Propaganda-Maschinerie für den eigenen Machterhalt einzuspannen, empört zurückzuweisen, verhielten sich die beiden Interviewer sofort auftragsgemäß und gaben Edtstadler mit der nächsten Frage eine perfekte Gelegenheit, vor dem freiheitlichen Oppositionsführer Herbert Kickl zu warnen.

¹⁸ <https://haushaltsabgabe.fail/>

¹⁹ <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6284547/Koalition-mit-Kickl-Karoline-Edtstadler-Fuer-mich-sind>

Angeichts der geschilderten Multiorganversagens der schwarz-grünen Bundesregierung in diesen und vielen weiteren Politikbereichen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesregierung und den Staatssekretären wird gemäß Art. 74 Abs. 1 iVm Art. 78 Abs. 2 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrats das Vertrauen versagt.“


(hubert)


(BELAKOWITSCH)


(SKAMNIK)


(KRIEGL)


(CHH.)